

# Vom Klavier zur Schreibmaschine

## 100 Jahre Frauen in der Saarbrücker Stadtverwaltung

von Ruth Bauer

„*Ohne Frauen geht es nicht – das hat sogar der liebe Gott einsehen müssen!*“ - so meinte die berühmte italienische Diva Eleonora Duse um das Jahr 1900. *Ohne Frauen geht es nicht*“ - einige Jahre später mussten es auch die Saarbrücker Stadtväter einsehen.

Erst im Jahr 1911, dem Jahr als die Frauen erstmals für ihr Wahlrecht auf die Straße gingen, somit dem Jahr des ersten Internationalen Frauentages, dem Jahr als Marie Curie bereits zum zweiten Mal den Nobelpreis erhielt, und dem Jahr, in dem die Modewelt erstmals über eine Hosentracht für Frauen diskutierte, in diesem Jahr 1911 erst mussten die Männer der Saarbrücker Stadtverwaltung sich so ganz allmählich an Kolleginnen gewöhnen: Das Saarbrücker Rathaus blieb bis zum 1. August 1911 eine reine Männerbastion.

In der Privatwirtschaft oder anderen staatlichen Unternehmen, wie beispielsweise der Post, sah das bereits seit vielen Jahren anders aus. Seit den 1890er Jahren benötigte man hier die Frauen, weniger im Schalteredienst aber zum Telefonieren! Schließlich sei ihnen diese „Gabe“ ja quasi „in die Wiege gelegt“, so argumentierte Mann, mit großem M und zwei N. Das „Fräulein vom Amt“ wurde in den folgenden Jahrzehnten ja geradezu legendär. Und zudem waren die Frauen preiswerte Arbeitskräfte, musste man ihnen doch weniger Gehalt zahlen als ihren männlichen Kollegen, denn schließlich hatten sie ja nur sich selbst zu versorgen und keine Familie!

Bisher gab es für Frauen der bürgerlichen Schichten nur wenige Berufe, die sie ergreifen konnten: Ihren Lebensunterhalt konnten sie als Lehrerin, Erzieherin, als Krankenpflegerin oder Hebamme verdienen. Alles Berufe, die ganz eng mit dem traditionellen Rollenbild der Frau in Verbindung standen. An Schulen standen den Mädchen nur private Schulanstalten, wie in Saarbrücken die Kablé Schule - neben der Kasinoschule und der katholischen Ursulinenschule eine der bedeutendsten Mädchenschulen in der Stadt - zur Verfügung, die sogenannten Höheren Töchter- und Mädchenschulen. Diese Schulen vermittelten zwar eine breite Basis an Bildung, aber letztlich wurden die jungen Frauen doch nur auf ihre spätere Rolle als Ehefrau, Mutter und Hausfrau vorbereitet.

Doch die mangelnde Vorbereitung auf ein Berufsleben ging an der Lebensrealität der bürgerlichen Familien um die Jahrhundertwende vorbei. Die Familien waren nicht mehr in der Lage, weibliche unverheiratete Familienmitglieder mit durchzufüttern, wie es bisher üblich war. Finanzielle Probleme machten es für bürgerliche Familien somit notwendig, dass ihre Töchter eine standesgemäße Erwerbsarbeit fanden, vor allem wenn sie auch noch unverheiratet blieben.

Grund für die häufige Ehelosigkeit waren nicht allein die Änderungen in der Erwerbsarbeit, die der Prozess der Industrialisierung mit sich gebracht hatte, sondern ebenso der allgemein herrschende Frauenüberschuss. Die damit schwindenden Heiratschancen für Mädchen aus den bürgerlichen Schichten ließen in der späten Kaiserzeit somit nicht nur die zahlreichen

Frauenvereine, sondern selbst die Väter fordern, für ihre Töchter endlich angemessene Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen.

Bei der Suche nach Lösungsmodellen für die „soziale Frauenfrage“, wie man das Problem seinerzeit benannte, hielten sich die staatlichen und kommunalen Verwaltungen zunächst jedoch diskret zurück. Schließlich befassten sie sich mit Staatsangelegenheiten. Und Staatsangelegenheiten waren Männersache! Frauen besaßen ja schließlich auch nur eingeschränkte staatsbürgerliche Rechte, so durften sie beispielsweise nicht einmal wählen - das Wahlrecht bekamen die Frauen erst 1918 - und folglich konnte man ihnen auch keine hoheitlichen Aufgaben übertragen. Der Mann hatte das Sagen außer Haus, die Frau im Haus, so das Geschlechter- und Rollenbild, das sich seit dem Ende des 18. Jahrhunderts in den Köpfen fest zementiert hatte.

Erst als die Forderungen der Frauenvereine und der Kirchen massiv wurden, dem „Vater Staat“ endlich die „Mutter Fürsorge“ zur Seite zu stellen, bot sich Töchtern der bürgerlichen Mittelschicht seit 1908 die Möglichkeit, qualifizierte Schulabschlüsse machen zu können und damit zunächst bei der Post oder Bahnverwaltung oder als Verkäuferin eine Anstellung zu finden und einige Jahre später dann auch in kommunalen Diensten, so beispielsweise in den von den städtischen Verwaltungen neu geschaffenen Berufsbildern der Bibliothekarin, der Kindergärtnerin, der angestellten Wohlfahrtspflegerin oder als Bürogehilfin, Stenotypistin oder Sekretärin.

Da sich der einst anspruchsvolle Kanzleidiens in den zurückliegenden Jahren eh zu einem reinen Schreibdienst entwickelt hatte, ist es kein Zufall, dass Frauen gerade jetzt für diese Dienste eingesetzt wurden. Schließlich war es einem männlichen Beamten kaum mehr zumutbar, solch doch nur noch minderwertige Tätigkeiten zu verrichten. So überließen die Männer dieses Betätigungsfeld relativ neidlos den bedürftigen Frauen, denn nur solche fanden ja überhaupt eine Anstellung. Und die Kommunen verhinderten ganz selbstbewusst durch ihre „Großzügigkeit“, dass zahlreiche Frauen des einfachen und mittleren Bürgertums der Sozialhilfe zur Last fielen!

Aber es gab noch einen zweiten „zeitgenössischen“ Grund, warum Frauen keine Angestellten oder gar Beamtinnen werden konnten: Ein Beamter hatte nicht allein seine Arbeitskraft dem Staat zur Verfügung zu stellen, nein, seine ganze Persönlichkeit. Eine Frau aber konnte unmöglich zwei Herren dienen: ihrem Ehemann und Vater Staat!

Das mag sich, so formuliert, vielleicht etwas überspitzt anhören, aber es sind die wörtlichen Argumente der Zeit!

Erst im Jahr 1911 wurde also im Saarbrücker Rathaus die erste Frau in der Verwaltung eingestellt, und bis zum Ersten Weltkrieg arbeiteten gerade einmal sechs Frauen in der Saarbrücker Stadtverwaltung. Nach Ausbruch des Krieges 1914 sahen sich die Saarbrücker Stadtväter allerdings aufgrund der zum Wehrdienst eingezogenen Bediensteten dazu veranlasst, insgesamt 200 Bürogehilfinnen einzustellen, um ihren der Bevölkerung gegenüber ständig wachsenden Fürsorgepflichten nachkommen zu können. Nur die wenigsten dieser „Kriegsaushelferinnen“, wie man die Frauen offiziell nannte, verfügten über eine entsprechende Ausbildung, sie wurden in wenigen Wochen angeleitet. Ihre Anstellungsbedingungen waren äußerst schlecht und reglementiert, so konnte ihnen täglich gekündigt werden.

Nach Ende des Krieges wurden 70 Prozent der eingestellten Frauen wieder entlassen, unter anderem mit der Begründung, dass sie ja über keine entsprechende Qualifikation verfügten und in einem Rundschreiben teilte Oberbürgermeister Mangold seinen Bürohilfsarbeiterinnen mit:

*„Nachdem der Waffenstillstand eingetreten ist und die früher hier beschäftigten Beamten und Angestellten aus dem Felde zurückkehren, bin ich gezwungen, dem während dem Kriege eingestellten Hilfspersonal zu kündigen“:*

Ganz ohne die Frauen ging es jetzt aber doch nicht mehr. Zum einen hatten sich in der Zwischenzeit in der Verwaltung zahlreiche Neuerungen vollzogen, mit denen nur sie vertraut waren, zum anderen waren kaum noch Männer zu finden, die Stenographie und Schreibmaschine beherrschten, beziehungsweise überhaupt noch Interesse an entsprechenden Arbeiten zeigten. Denn das Bedienen der Schreibmaschine entwickelte sich im Laufe der Jahre ebenfalls zu einem reinen Frauenberuf. Schließlich entsprach die dazu notwendige Fingerfertigkeit gleichfalls „ihrer Natur“, war sie doch durch zahlreiche Handarbeiten und das Klavierspielen geübt! So war der Weg vom Klavier zur Schreibmaschine also nicht weit! Tätigkeiten, die jetzt von einer Frau ausgeübt werden konnten, waren freilich dem Manne nicht mehr zumutbar. Folglich zog sich dieser von solch „mechanischen“ und dazu noch schlecht bezahlten Arbeiten zurück und wandte sich der einträglicheren „geistig organisatorischen“ Arbeit zu, wie es zeitgenössisch hieß.

Aufstiegschancen hatten die wenigen in der Saarbrücker Stadtverwaltung verbliebenen Frauen keine, die Beamtinnenlaufbahn blieb ihnen verschlossen. Lediglich zwei Bürogehilfinnen erhielten nach dem Ersten Weltkrieg die Erlaubnis, die Verwaltungsfachschule zu besuchen. Erst in den 1950er Jahren, ganz allmählich, gelang es Frauen, auch in die bisher Männern vorbehaltenen Beamtenpositionen im Rathaus vorzudringen. Und im Falle einer Eheschließung hatten die Frauen selbstverständlich ihre Berufstätigkeit aufzugeben.

Doch nun zu der ersten weiblichen Angestellten im Saarbrücker Rathaus, die am 1. August 1911 ihren Dienst antrat.

Mathilde Baldes heißt sie, die erste Frau, die in der Stadtverwaltung der Stadt Saarbrücken arbeitete. Geboren ist sie am 25. Juni 1894 in Dudweiler. Sie war das vierte Kind von insgesamt acht Geschwistern. Gestorben ist sie bereits im Alter von 43 Jahren am 15. Dezember 1937 in Saarbrücken. Sie starb an einer Lungenentzündung. All dies und einiges mehr über ihr Leben und ihre Dienstzeit bei der Stadt erfahren wir aus ihrer Personalakte, die im Stadtarchiv aufbewahrt wird.

Mit ihren Eltern, dem Dudweiler Bergmann Heinrich und seiner Ehefrau Katharina Baldes, zog Mathilde im Alter von zwei Jahren nach St. Johann. Dort besuchte sie, wie sie in ihrem Lebenslauf schreibt, erfolgreich die Volksschule und danach, wie es für die meisten Mädchen ihrer Zeit üblich war, für weitere zwei Jahre eine der „obligatorischen Fortbildungsschulen“ der Zeit, welche genau, wissen wir leider nicht. Einige ihrer Freundinnen blieben nach der Schule auch erst einmal ein oder zwei Jahre zuhause, um möglichst alle hausfraulichen Tätigkeiten zu erlernen und auf einen passenden Ehemann zu warten. Einige begannen auch eine Ausbildung, zum Teil als Verkäuferin, um die Zeit bis zur Eheschließung zu überbrücken. Aber was, wenn der Passende sich nicht fand?

Mathilde Baldes auf jeden Fall besuchte direkt im Anschluss an die schulische Ausbildung das Privatinstitut Weidig. In der „Schreibmaschinenstube“ von Paula Weidig – so das Adressbuch für die Saarstädte von 1908 - lernte Mathilde vor allem Schreibmaschine schreiben und Stenographieren.

„Weiterbildungsanstalten“ solcher Art schossen in dieser Zeit quasi aus dem Boden, um Frauen im Schnellverfahren mit allem vertraut zu machen, was man als Angestellte in einem Büro so benötigte. Eine umfangreichere Ausbildung schien auch gar nicht notwendig, sollte diese doch eh nur der Möglichkeit einer vorübergehenden Berufstätigkeit dienen. Dass in späteren Jahren den Frauen dann der geforderte Nachweis einer entsprechenden Qualifikation fehlte, um in höhere Positionen aufzusteigen oder eine höhere Eingruppierung und damit eine bessere Bezahlung zu erhalten, schien nebensächlich. So konnte die männlich dominierte Verwaltung weiterhin verhindern, dass Frauen in ihren „Machtbereich“ eindrangen.

So war Mathilde bald in der Handhabung der Schreibmaschine „bewandert“ und der Babelsberger Stenografie „kundig“ und fand direkt im Anschluss an ihre Ausbildung eine Anstellung bei den Völklinger Kalkwerken als Maschinenschreiberin. Hier muss es ihr bald nicht mehr gefallen haben, oder sie erhoffte sich bei der Stadtverwaltung einen lukrativeren Job. Zudem lag das Saarbrücker Rathaus nicht weit entfernt von ihrer Wohnung, wohnte sie doch seit 1909 mit ihren Eltern in dem der Stadt gehörenden Haus in der Nauwieser Straße 1. Diese Wohnung sollte bis zu ihrem Tod ihr Zuhause bleiben.

Selbstverständlich war sie immer noch ledig! Und damit hatte sie eine grundsätzliche Voraussetzung erfüllt, um sich bei der Stadt Saarbrücken zu bewerben. Am 1. August 1911 trat sie im Alter von 18 Jahren ihren Dienst bei der Saarbrücker Stadtverwaltung an, als Kanzlistin, das heißt im Schreibdienst, sie schrieb Handschriftliches mit Hilfe der Schreibmaschine ins Reine.

Die spannende Frage, warum die Stadt gerade mit Mathilde Baldes erstmals eine Frau für diese Tätigkeit einstellte, lässt sich bisher leider nicht beantworten. Was sich allerdings nachweisen lässt, ist, dass ihr Vater sich 1896 zunächst um die ausgeschriebene Stelle eines Schutzmannes in St. Johann bewarb und seit dieser Zeit in verschiedenen Positionen bei der Stadt angestellt war. Seit 1909 war er als städtischer Beamter „Wohnungsaufseher“ und damit für die umfassende Betreuung aller städtischen Gebäude zuständig. Das Haus in der Nauwieser Straße, in dem die Familie wohnte, gehörte beispielsweise der Stadt.

Im Lauf ihrer städtischen Biografie wurde Mathilde Baldes als Maschinenschreiberin, Bürogehilfin und Stenotypistin geführt. Sie arbeitete bis 1916 in der Kanzlei, anschließend in der Bauamtsregistratur, dann in der Zentralregistratur, bis sie im März 1922 ganz dem Finanzamt „zugeteilt“ wurde, also der heutigen Kämmerei, und in den 1930er Jahren war sie für "Eilsachen" zuständig, ein recht aufreibender Job, wie sie uns in einer Bitte um eine höhere Eingruppierung wissen lässt.

Zunächst muss Mathilde, wie es allgemein üblich war, einen befristeten Vertrag erhalten haben, der uns leider nicht bekannt ist.

Der feste Dienstvertrag, den sie dann mit der Stadt am 9. April 1912 schloss, besagt, dass sie als Maschinenschreiberin 60 Mark Gehalt bezog und ihre Kündigungszeit vier Wochen betrug.

Ihre Besoldungsstufen stiegen übrigens, das zeigt die Personalakte, kontinuierlich mit ihren Dienstjahren.

Ihr Dienstvertrag ist ein eigentlich für männliche Angestellte vorgesehenes Formular. Die vorgedruckten männlichen Formen sind durchgestrichen und durch die weibliche Form ersetzt. Interessant ist hierbei aber, dass wir erkennen, dass für sie exakt die gleichen

Kranken- und Ruhegehaltsbestimmungen galten, wie für ihre männlichen Kollegen! Bei der Post war das beispielsweise nicht der Fall.

Ein Schreiben aus dem Jahr 1916 belegt, dass sie tatsächlich zum 1. August 1911 eingestellt wurde.

Aus Anlass ihres 25-jährigen Dienstjubiläums erhielt sie am 1. Mai 1936 Hitlers „Mein Kampf“ mit Widmung überreicht. Seit 1. März 1934 war sie Mitglied der Deutschen Front und damit für den Wiederanschluss des unter Völkerbundsverwaltung stehenden Saargebietes an Deutschland.

Am 14. Februar 1936 gab sie – gleich ihren männlichen Kollegen - das Gelöbnis ab, dem Führer und dem Deutschen Reich treu zu dienen.

In der anlässlich dieses Dienstjubiläums von ihr geäußerten Bitte um eine Gehaltserhöhung weist sie ausdrücklich darauf hin, dass sie die "längste Dienstzeit der Damen" im Rathaus habe. Doch die Gehaltserhöhung wurde aus sachlichen Gründen abgelehnt - ihr fehlte der Nachweis einer entsprechenden Qualifikation!

Mathilde Baldes erkrankte im Sommer 1937 an der Schilddrüse und musste operiert werden. Von diesem Leiden erholte sie sich nicht mehr. Sie starb am 15. Dezember 1937 im Alter von gerade einmal 43 Jahren.

Die Stadt Saarbrücken gab, wie ihre verwitwete Mutter, bei der sie immer noch wohnte, in der Saarbrücker Zeitung eine Anzeige auf.

Von insgesamt 424 weiblichen Angestellten der Saarbrücker Stadtverwaltung, die zwischen 1911 und 1935 eingestellt wurden, arbeiteten rund 80% im Bürobereich, 11% im Sozialbereich, 3% waren im Bibliotheksdienst und 1% im technischen Dienst, beispielsweise im Labor, tätig.

Ohne Frauen ging es jetzt nicht mehr und geht ohne Frauen geht es nicht – das hat die Saarbrücker Stadtverwaltung in den letzten 100 Jahren gelernt.